

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 4

06.02.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	3
GUTE PERSPEKTIVEN FÜR DEN MITTELSTAND	3
ZUKUNFTSDIALOG-ABSCHLUSSVERANSTALTUNG	4
NEUES FORMAT: SPD-FRAKTION FÜHRT PRAXISTAGE DURCH	5
MINDESTLOHN-DIALOG	5
ZAHLEN UND FAKTEN	6

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Woche stand ganz im Zeichen unserer Jahresauftaktklausur. Ich denke, dass die Mainzer Klausur und unsere Beratungen ein voller Erfolg waren. Ich danke allen Referentinnen und Referenten für die spannenden Vorträge und Euch für die konzentrierte und ergebnisorientierte Arbeit.

Gemeinsam mit unserer **Ministerpräsidentin Malu Dreyer** haben wir gute Initiativen erarbeitet und starten mit frischem Wind ins neue Jahr: Wir wollen in diesem Jahr mehrere **Initiativen zur Stärkung des rheinland-pfälzischen Mittelstands** starten und haben dazu einen entsprechenden Beschluss gefasst. Dieser wurde maßgeblich von unserem AK Wirtschaft und unserem wirtschaftspolitischen Sprecher **Jens Guth** entwickelt. Rund 99 Prozent der Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind mittelständisch geprägt. Wir wollen unsere politischen Initiativen im Jahr 2015 daran ausrichten, den mittelständischen Unternehmen im Land gute Rahmenbedingungen zu bieten.

Wir werden den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern intensivieren. Neben unserem **ZukunftsDialog**, für den sich unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender **Alexander Fuhr** verantwortlich zeigt, werden wir als gesamte Fraktion **Praxistage** absolvieren, um die Arbeit der Menschen vor Ort kennenzulernen.

Sicherlich kann man an einem Praxistag nicht so tiefe Einblicke gewinnen, wie andere diese im Laufe eines ganzen Berufslebens erhalten. Mit 42 Abgeordneten im Einsatz lenken wir aber den Fokus auf ein Schwerpunktthema der SPD-Fraktion. Damit wollen wir auch unsere Anerkennung und unseren Respekt für die Leistung für die Menschen zeigen, die unser Land Tag für Tag voranbringen.

In dieser Ausgabe von **SPD-Fraktion direkt** haben wir für Euch noch einmal detailliert aufgeschrieben, was die Einführung der **Klückner-Steuer** für unsere Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde. Es ist unglaublich, dass die CDU dies den Menschen damit schmackhaft machen möchte, dass ja nur „die Wohlhabenderen“ dann für die Kinderbetreuung zahlen müssten. Aber so ist das mit ihren „Halbwahrheiten“...



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Gute Perspektiven für den Mittelstand

Der Mittelstand ist die besondere Stärke des **Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz**. Rund 99 Prozent der Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind mittelständisch geprägt. Wir wollen unsere politischen Initiativen im Jahr 2015 daran ausrichten, den mittelständischen Unternehmen im Land weiter gute Rahmenbedingungen zu bieten. Die SPD-Fraktion greift die Themen der Wirtschaft auf und hat ein umfangreiches Positionspapier auf der Mainzer Klausur verabschiedet. Die Inhalte des durch unseren Arbeitskreis Wirtschaft und unseren wirtschaftspolitischen Sprecher **Jens Guth** entwickelten Papiers:

- Die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz wird im März 2015 ein Gesetz zur Steigerung der Attraktivität von städtischen Geschäftsquartieren einbringen und so genannte **Business Improvement Districts** ermöglichen. Städten und Gemeinden soll die Möglichkeit eröffnet werden, dass Gewerbetreibende in Straßen oder in Stadtteil-Abschnitten Gebühren erheben können, um mit den Mitteln die dortige Standort- oder Lebensqualität zu erhöhen. Eine solche für alle verbindliche Gebühr könnte dann von einem Teil der Gewerbetreibenden angestoßen werden.
- Die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz wird eine **Große Anfrage zur Situation des Mittelstands** im Land stellen. Anschließend soll das **Mittelstandsförderungsgesetz** im Dialog mit der Wirtschaft evaluiert und novelliert werden.
- Mit Blick auf die Förderung des Tourismus treibt die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz die Pläne für ein **Landesgesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes** voran. Ab 2016 sollen alle Kommunen eine Abgabe erheben können, um damit ihre touristischen Aufwendungen zu finanzieren.
- Auf Bundesebene sollen bald die Weichen für ein deutsches **Einwanderungsgesetz** gestellt werden. Sollte die Union auf Bundesebene in den nächsten Wochen nicht klar signalisieren, dass sie eine moderne gesetzliche Grundlage zur Einwanderung schaffen möchte, soll die rheinland-pfälzische Landesregierung spätestens im Frühjahr eine entsprechende Bundesratsinitiative starten. Zudem wird die Fraktion die Einrichtung von **Welcome Centern** in Rheinland-Pfalz begleiten.

- Überdies möchte die SPD-Fraktion einen Beitrag zu einer Versachlichung der Debatte über die geplante **transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)** leisten. Im Rahmen einer Veranstaltung am Donnerstag, den 19. Februar 2015 um 17 Uhr im Sitzungssaal der SPD-Fraktion werden Chancen und Risiken des Handelsabkommens beleuchtet. Es ergeht noch einmal herzliche Einladung.
- Die SPD-Fraktion möchte die Beratungs- und Informationsangebote für Kammern und Unternehmen zu den Themen Internetsicherheit und Cyberkriminalität ausweiten. Es bedarf einer **Aufklärungskampagne über Wirtschaftsspionage und Cyberkriminalität**.

ZukunftsDialog-Abschlussveranstaltung

Mit dem flächendeckenden **Zukunftsdialog „Mit dir das Morgen gestalten“** entwickelt die SPD-Fraktion in Rheinland-Pfalz noch bis Juni 2015 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Lösungsansätze für die kommenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Rheinland-Pfalz. Im Rahmen dieser Dialogreihe laden die Abgeordneten interessierte Bürgerinnen und Bürger zu Zukunftswerkstätten ein. Veranstaltungen gibt es zu den Themen Alter, Arbeitswelt, Bildung und Zusammenhalt. Mit dem aktuellen Stand haben wir uns auf der Klausur beschäftigt. Unser stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Alexander Fuhr** hat dazu ausführlich berichtet. Ziel des Zukunftsdialogs ist es, neben der besseren Vernetzung gesellschaftlicher Akteure landesweit eine neue Kultur der Bürgerbeteiligung bei der politischen Willensbildung zu schaffen. Im Dialog auf Augenhöhe wollen wir erfahren, welche Problemfelder die Menschen in Rheinland-Pfalz wirklich bewegen und dafür gemeinsam tragfähige Lösungsansätze ausarbeiten. Nach aktuellem Planungsstand werden landesweit 70 Veranstaltungen stattfinden.

Die Ergebnisse werden in einer **ZukunftsDialog-Broschüre** dokumentiert und gemeinsam mit Experten auf einem **Zukunftskongress am 3. Juni 2015 in Mainz** vorgestellt. Die Veranstaltung findet von 17 bis 19 Uhr im Mainzer Landtag statt. Merkt Euch den Termin schon einmal vor. Umsetzbare Vorschläge und Lösungen der Bürgerinnen und Bürger wurden und werden parallel in der parlamentarischen Arbeit aufgegriffen.

Neues Format: SPD-Fraktion führt Praxistage durch

Die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz wird in diesem Jahr mindestens zwei **Praxistage** veranstalten. An einem solchen Tag sollen alle Landtagsabgeordneten in Unternehmen oder Einrichtungen in ihren Wahlkreisen mitarbeiten und Einblicke in die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bekommen. Unser Parlamentarischer Geschäftsführer **Carsten Pörksen** hat das schön zusammengefasst: „Die Abgeordneten werden vor Ort hautnah erleben, wie sich die Arbeit der Menschen in verschiedenen Branchen in Rheinland-Pfalz gestaltet und weiterentwickelt hat.“

Praxistage können in Unternehmen, Polizeistationen, Pflegeeinrichtungen oder ambulanten Stationen veranstaltet werden. Ist ein Thema ausgesucht, werden alle 42 Abgeordnete Besuche zu diesem Schwerpunkt veranstalten.

Mindestlohn-Dialog

Die SPD-Landtagsfraktion hat diese Woche eine Fachveranstaltung zur Umsetzung des Mindestlohns durchgeführt. Der Mindestlohn-Dialog im Abgeordnetenhaus mit rund 40 Teilnehmern aus Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften verlief sehr sachlich und konstruktiv. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf dem Thema Ehrenamt. Gemeinsam mit unserer **Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler**, unserer AK-Vorsitzenden **Kathrin Anklamm-Trapp** und unserer arbeitsmarktpolitischen Sprecherin **Dr. Tanja Machalet** hat unser Fraktionsvorsitzender **Alexander Schweitzer** den Rahmen gesetzt, um auf Fragen und etwaige Unklarheiten bei der Mindestlohn-Umsetzung einzugehen. Es ging dabei nicht um politische Grundsatzentscheidungen, sondern um sachpolitische Erörterungen.

Bei Vereinen, Initiativen und Ehrenamtlichen gibt es noch viele offene Fragen, ob und inwieweit sie die Bezahlung ihrer Engagierten verändern müssen. Wichtig ist daher, dass Politik und Verwaltung den Ehrenamtlichen Hilfestellungen und Informationen anbieten. Viele Fragen konnte der Vertreter des Bundesarbeitsministeriums unmittelbar beantworten. Vereine können sich bei Nachfragen und offenen Punkten an die SPD-Fraktion oder die örtlichen SPD-Abgeordneten wenden. Die SPD-Fraktion wird in Kürze eine **zweite Dialog-Veranstaltung zum Mindestlohn** veranstalten. Schwerpunktthema soll dann „**Arbeit und Wirtschaft**“ sein.

ZAHLEN UND FAKTEN

KLÖCKNER-Steuer

Die rheinland-pfälzische CDU will die Gebührenfreiheit für die Kita-Plätze abschaffen. Sie will die Familien in unserem Land mit gut 80 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich belasten. Unser Fraktionsvorsitzender **Alexander Schweitzer** hat dies die **KLÖCKNER-Steuer** genannt.

Die CDU scheut sich nicht, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Sie behauptet, diese 80 Millionen Euro ließen sich bei den „Besserverdienenden“ erbringen. Normalverdiener würden laut CDU nicht zusätzlich belastet. Wie die folgende Rechnung zeigt, ist dies eine ziemlich dreiste Behauptung, denn durch die geplante Gebührenpflicht werden ein **Großteil der Familien** belastet:

80 Millionen Euro an Kita-Gebühren möchte Frau Klöckner erheben.

Rund 84 000 Kinder wären aktuell von der Gebührenpflicht betroffen. Diese Zahl ergibt sich, wenn man davon ausgeht, dass wie vor der Einführung der Gebührenfreiheit 75 Prozent der Kinder gebührenpflichtig sind.

Über 900 Euro müsste der durchschnittliche Jahresbeitrag pro beitragspflichtiges Kind betragen, um auf die von Frau Klöckner angepeilten 80 Millionen Euro zu kommen. Das sind rund **80 Euro pro Monat und Kind**.

Die Klöckner-Steuer trifft damit auch viele Familien, von denen wir genau wissen, dass es richtig in ihre Haushaltskasse einschlagen wird.

Durch die KLÖCKNER-Steuer werden dreiviertel aller Familien mit Kindern im Kita-Alter mit mehr als 900 Euro pro Jahr und Kind belastet!

Diese KLÖCKNER-Steuer wird die SPD-Fraktion nicht zulassen!